

Innerkirchliche Spannungen in Brasilien

Der Versuch einer Regierungsintervention anlässlich der neunten Vollversammlung der Brasilianischen Bischofskonferenz sollte nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Er wurde dann doch bekannt. Die Regierung hatte mit dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal A. Rossi, verhandelt mit dem Ziel, den Bischöfen den nationalen Entwicklungsplan vorzutragen. Die Bischofskonferenz stimmte zu. Planungsminister Helio Beltrao nahm an der Vollversammlung teil und bat um Stillschweigen über seine Anwesenheit. Schon nach 15 Minuten seiner Ausführungen verließen 20 Bischöfe demonstrativ den Saal. Eine Reihe der prominenten Erzbischöfe wie Dom Helder Camara (Recife), Cándido Padim (Lorena) und José V. Tavora (Aracaju) erklärten offen ihr Mißfallen an den Regierungsplänen. Die Mehrheit der Bischöfe soll applaudiert haben (vgl. „Noticias Aliadas“, 27. 7. 68). Diese Randerscheinung innerhalb der diesjährigen Vollversammlung der größten Bischofskonferenz Lateinamerikas, deren 232 Mitglieder sich keine besondere Mühe mehr geben, dort Einheit vorzutäuschen, wo der Prozeß der Auseinandersetzung von Monat zu Monat dramatischer wird, ist deutliches Symptom für eine sich mehr und mehr zuspitzende Krise innerhalb der Kirche und im Verhältnis eines Teils der Katholiken zur Regierung. Anstoß der offen geführten Streitgespräche im brasilianischen Episkopat ist die Zentralfrage, mit der sich auch die Vollversammlung vom 15. bis 20. Juli 1968 befaßte: die Haltung der Kirche in der Evolution bzw. in der revolutionären Situation Brasiliens. Fast überrascht es, daß sich die Bischöfe trotz ihrer unterschiedlichen, oft konträren Sicht der Situation und der Lösungsmöglichkeiten auf ein gemeinsames Schlußkommuniqué einigen konnten. Die betont national gehaltene Erklärung bringt dann auch nicht viel mehr an Analyse und Appell, als bereits das Arbeitsdokument für die zweite Vollversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín (Kolumbien) im Anschluß an den Eucharistischen Weltkongreß enthält.

Nonkonformismus statt Radikalismus

Es werden „dringende und mutige Reformen der Mentalität und Strukturen“ für Brasilien gefordert, um „eine bewußte, freie und solidarische Teilnahme des ganzen Volkes am Entwicklungsprozeß sicherzustellen“. Es wird Stellung bezogen gegen „die Mißachtung fundamentaler Menschenrechte“ im Land, Mißachtung des „Rechtes auf Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Verteidigung und gerechten Lohn“. Die mit Spannung erwartete Stellungnahme zur Frage der Gewalt als Mittel der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umwälzung — in den Augen einer starken Minderheit Voraussetzung der Entwicklung — wird kurz gestreift. Wörtlich heißt es: „Wir können nicht gewisse Situationen der Gewalt übersehen, die sich zunehmend ausdehnen und vertiefen. Die subversive oder repressive Gewalt erscheint vielen Gruppen als die einzige Lösung. An jene richten wir einen Appell im Herrn: Wägt die Konsequenzen Eurer Haltung ab. Der Radikalismus ideologischer Positionen, der den konstruktiven Dialog und die solidarische Suche nach Lösungen verhindert, widerspricht dem Evangelium.“ Im lateinamerikanischen Kontext heißt es weiter, es müsse sich

Gewaltlosigkeit durch eine nonkonformistische Haltung offenbaren angesichts der unter verschiedenen Formen und Vorwänden herrschenden Ungerechtigkeit. Außerdem müsse sich der Nonkonformismus in einer mutigen und beständigen Aktion behaupten, um die tiefgreifenden, dringenden und kühnen Strukturreformen so rasch wie möglich zu erreichen.

Eine Reform des Bildungswesens, ausgerichtet auf die Entwicklung des ganzen Menschen und der Gesellschaft, die Grundbildung der gesellschaftlichen Randsiedler und die Intensivierung der gewerkschaftlichen Arbeit werden in der gemeinsamen Abschlusserklärung als vordringliche Mittel zur nationalen Entwicklung genannt. Die Verantwortlichen in den Massenmedien werden aufgefordert, „den Übergriffen des bestehenden Wirtschaftsystems zu widerstehen“ und „treu gegenüber der Wahrheit ihre entscheidende Aufgabe in der Erziehung des Volkes zu erfüllen“.

Die für die zukünftige Arbeit der brasilianischen Kirche wichtigste Aussage der Bischöfe findet sich in dem Absatz „Glaube und Gebot der Entwicklung“. In ihm proklamiert der Episkopat „den Imperativ der Entwicklung als Forderung des Evangeliums selbst“. Die Verpflichtung zur Mitarbeit am Fortschritt aller Brasilianer wird als Verpflichtung aus dem Glauben in das Heilverständnis der Kirche gestellt. Wörtlich heißt es weiter: „Diese Glaubensforderungen betreffen das ganze Volk Gottes. Die Kirche ist verantwortlich für die Inkarnation des Glaubens in den Dienst zur Entwicklung der Völker“ (Wortlaut der Erklärung in „Telepax“, Nr. 146, 1968). Als praktische Konsequenz wurde von der Vollversammlung die Gründung eines Nationalinstitutes für Entwicklung beschlossen.

Intellektuelle Befreiungsbewegung gegründet

Neben dieser offiziellen Verlautbarung wurden Mitte Juli in Rio de Janeiro sehr viel schärfere Stimmen gehört. Sie sind es, die die Regierung beunruhigen, weil sie vor allem Widerhall in den einflußreichen, rebellischen Bevölkerungsteilen finden, besonders in der politisierten Studentenschaft, doch auch unter den aufstrebenden Industrie- und Landarbeitern und nicht zuletzt in der Weltöffentlichkeit. 39 Bischöfe — nach anderen Quellen 33 — (vgl. Noticias Aliadas 27. 7., „Le Monde“ 23. 7. 68) schlossen sich unter der Führung von Dom Helder Camara spontan zu einer noch namenlosen „Befreiungsbewegung“ zusammen. Sie will mit „intellektuellen“ Druckmitteln für die Errichtung einer „neuen Gesellschaft in Brasilien“ kämpfen. Dom Helder erklärte vor der Presse ausdrücklich, daß die Bewegung sich zum Geist der Gewaltlosigkeit bekenne, doch sich entschieden für wirtschaftliche, politische und soziale Strukturreformen und für die Entwicklung der Erziehung, des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens einsetzen wolle.

Eine andere „Koalition“ innerhalb der Bischofskonferenz, geleitet von Dom Cándido Padim, legte während der Vollversammlung der Öffentlichkeit ein Dokument vor, in dem die brasilianische Regierungspolitik „der nationalen Sicherheit“ mit dem deutschen Naziregime verglichen wird. Wie in Deutschland zur Zeit des Dritten Reiches, heißt es darin, würden auch in Brasilien heute viele Christen die Doktrin der nationalen Sicherheit akzeptieren, ohne sich Rechenschaft zu geben, daß sie in der Militärakademie erarbeitet worden sei und den

grundlegenden Überzeugungen des Christentums widerspreche (vgl. „Le Monde“, 23. 7. 68).

Was diesem unmittelbar gegen das Militärregime gerichteten Dokument Gewicht verleiht, ist die Tatsache, daß Erzbischof Padim zu den angesehensten Bischöfen Lateinamerikas zählt. Er ist Vorsitzender der Abteilung für Erziehungsfragen im Lateinamerikanischen Bischofsrat CELAM, Mitglied der CELAM-Abteilung für Studentenseelsorge, war bis zur Neuwahl während der neunten Vollversammlung Leiter des Nationalsekretariates für Erziehung in der Brasilianischen Bischofskonferenz, ist Konsultor der Vatikanischen Kongregation für Katholischen Unterricht und Mitglied der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika (CAL).

Bischöfe unterstützen Studenten

Zweifellos ist gerade das von ihm redigierte Dokument vor allem auf dem Hintergrund der jüngsten brasilianischen Universitätspolitik zu sehen. Das brutale Vorgehen von Polizei und Militär gegen Studentendemonstrationen schreckte selbst konservative Kirchenführer auf. Am 21. Juni 1968 hatte — nach einem gescheiterten Versuch von Studentenführern, mit dem Erziehungsminister zu sprechen — eine Demonstration vor dem Kultusministerium mit drei Todesopfern, 150 Verletzten und 400 Verhafteten geendet. Die Vermittlungsversuche seitens des Episkopates zwischen der Regierung und den rebellierenden Schülern und Hochschülern, im Frühjahr begonnen, zeigten bislang wenig Erfolge. So hatte am 26. April 1968 der Weihbischof und Generalvikar von Rio de Janeiro, José de Castro Pinto, dem Staatspräsidenten Costa e Silva persönlich 90 Fotos überreicht, auf denen die Gewalttaten der Polizei gegen Studenten festgehalten waren. Zum Polizeieinsatz mit Säbeln und Schußwaffen war es damals im Anschluß an eine von Bischof Pinto mit 12 Priestern konzelebrierte Gedenkmesse für einen erschossenen Studenten gekommen. Nur durch das mutige Einschreiten der Kleriker, die sich als lebende Mauer vor die 3000 studentischen Meßbesucher gegen die Polizei stellten, konnte weiteres Blutvergießen verhindert werden. Damals erklärten 30 Priester: „Wir müssen endlich einsehen, daß Brasilien mehr Studenten braucht als Soldaten, mehr Universitäten als Militärlager, mehr Bücher als Waffen, mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden als Gewalt, Furcht und Unterdrückung.“ Die Regierung blieb offensichtlich anderer Meinung. Bislang folgt sie dem Kurs der Härte gegen studentische Forderungen nach Demokratisierung des politischen Lebens, nach einer authentischen Erziehungsreform, angemessenen Subventionen für die Universitäten (die hoffnungslos überfüllt sind, da für 100 000 Abiturienten pro Jahr nur 20 000 Studienplätze zur Verfügung stehen), nach Aufhebung der Film- und Theaterzensur, nach der Freilassung der inhaftierten Studenten und die Aufhebung des Verbots der Nationalen Studentenunion. Der Regierungskurs: „Waffen statt Dialog“, war den Brasilianern als Neujahrsüberraschung präsentiert worden. Anfang Januar hatte Marschall Costa e Silva ein Amt gegen studentische Umtriebe geschaffen, von diesem „Studentenministerium“ getauft. Es trägt den offiziellen Titel: „Sonderkommission zur Überwachung und Koordinierung der Regierungsrichtlinien auf dem studentischen Sektor im Auftrag des Erziehungsministers“. Ihr Präsident, Oberst C. de Meira Matos, befahl 1966 die Elitetruppe des Standorts Brasilia, die

nach dem Willen des damaligen Präsidenten Castelo Branco den Kongreß in Zwangsurlaub schickte.

Der Episkopat dagegen solidarisiert sich immer offener mit den studentischen Forderungen. Am 26. Juni 1968 hatten 150 Priester und Ordensfrauen mit Bischof de Castro Pinto mit ausdrücklicher Erlaubnis des Erzbischofs von Rio an einem Teach-in der Studenten mit etwa 100 000 Teilnehmern auf dem größten Versammlungsplatz von Rio teilgenommen. Zwei Wochen später gab als Sprecher des Episkopates der Generalsekretär der Brasilianischen Bischofskonferenz bekannt, der Episkopat unterstütze die Forderungen der Studenten, wengleich er Priester warne, sich zu „nützlichen Idioten“ von Führern machen zu lassen, die keine christliche Lösung der brasilianischen Probleme anstrebten (Noticias Aliadas, 13. 7. 68).

Heftige Reaktionen, vor allem in der konservativen Presse des Südens, riefen auch einzelne Statements von Bischöfen während der Vollversammlung der Bischofskonferenz hervor. So protestierte der brasilianische Innenminister gegen die Meinung des Bischofs von Crateus, Antonio Frago, daß eine soziale Revolution Voraussetzung der Entwicklung in Brasilien sei (vgl. NC News Service, 22. 7. 68). Bischof Valdir Calheiro, über die Landesgrenzen bekannt geworden durch die Ausweisung des französischen Diakons Thibault, für den er sich besonders eingesetzt hatte, vermerkte jetzt in Rio: „Wenn das gegenwärtige politische System unsere Probleme nicht lösen kann, müssen wir ein sozialistisches Regime einrichten mit brasilianischen Charakterzügen.“ Der Import kubanischer, sowjetischer oder chinesischer Lösungen könne freilich Brasilien ebensowenig nützen wie ein einfacher Präsidentenwechsel, weil das ganze politische System gewandelt werden müsse (vgl. AFP, 18. 7. 68).

Ein umstrittenes Dokument

Zu einer weiteren Anspannung des ohnehin gespannten Klimas zwischen Episkopat und Regierung und innerhalb des Episkopates hatte rechtzeitig vor der diesjährigen Vollversammlung der Bischofskonferenz ein Dokument des belgischen Theologen José Comblin geführt. Comblin wird unter die führenden Theologen in Brasilien gezählt, ist theologischer Berater Dom Helder Camaras und Theologieprofessor am Seminar von Recife. Durch eine — vermutlich gezielte — Indiskretion waren die wesentlichen Thesen seiner im Auftrag des Erzbischofs erarbeiteten „Anmerkungen zum Basisdokument für die zweite CELAM-Vollversammlung“ veröffentlicht worden. Comblin versucht eine Analyse der lateinamerikanischen Situation sowie der Rolle der Kirche in ihr. Er macht dann konkrete Vorschläge zur Umorientierung der kirchlichen Arbeit. Ausgangspunkt ist die These, daß nur in Mexiko und Kuba die Vorbedingungen der Entwicklung verwirklicht seien: die Sozialrevolution. In allen anderen lateinamerikanischen Staaten, folgert Comblin, müßten zunächst die aristokratischen, feudalistischen Machtstrukturen abgeschafft werden, da sich in ihnen keine Entwicklungsgrundlage bietet. Die Arbeit der Kirche für die Entwicklung setzt nach Comblin eine grundlegende Kirchenreform voraus, da ihre Strukturen gleichfalls unterentwickelt seien.

Comblin zählt zwölf „Elemente der kirchlichen Unterentwicklung“ auf: 1. Das Fehlen der Assistenz für die

Masse der Landbevölkerung und der städtischen Randsiedler. Die Campesinas wurden als Christen zweiter Klasse behandelt. Nie war in der Kirche eine so große Zahl Getaufte so von ihr verlassen. Die Einrichtung der „Desobriga“ sei einer der größten „Bluffs“ der Kirchengeschichte. (Desobriga bezeichnet die übliche Form der geistlichen Assistenz in den priesterarmen Gegenden Lateinamerikas, wo der Seelsorger nur ein- bis zweimal jährlich die Gläubigen zur Sakramentenspendung besucht.) Somit hat die Kirche sich die Haltung der Großgrundbesitzer zu eigen gemacht. Wie jene sich nicht um die menschlichen Bedürfnisse ihrer Landarbeiter sorgten und nichts für deren Bildung taten, so hat die Kirche deren religiöse Bedürfnisse nicht respektiert. 2. Die Solidarität mit den herrschenden Gruppen, die selbst in den Reformen der Kirche anhält. Die Erneuerung der Liturgie, Katechese und institutionelle Reformen entsprechen höchstens den Bedürfnissen der Mittelklasse und blieben Imitationen der europäischen Initiativen. 3. Die Unfähigkeit zur Organisation, die dazu führe, daß die wenigen Mittel und Kräfte der lateinamerikanischen Kirche in traditionellen europäischen Kirchenstrukturen verbraucht werden, die für Lateinamerika nicht geeignet seien. Das Denken und Handeln in Diözesan- und Pfarrgrenzen, die Vollbeschäftigung innerhalb einer partiellen „Kirchenpolitik“ bringe gegenwärtig alle Pläne grundlegender Erneuerung zum Scheitern. 4. Koloniale Strukturen. Man habe neue Instrumente kirchlicher Arbeit geschaffen, die nur mit ausländischer Hilfe unterhalten werden können. Dadurch entstünden neue Abhängigkeiten und im Klerus eine „Bettlermentalität“. Der Klerus gewöhne sich an künstliche Lösungen — gefördert mit ausländischem Geld —, statt nach eigenen Lösungen mit eigenen Mitteln zu suchen. 5. Schlechte Güterverwaltung. Das betreffe sowohl den unproduktiven kirchlichen Landbesitz als auch die Investition in fehlgeplante und schlecht genutzte Bauten. 6. Paternalistische Hilfsstrukturen, z. B. die Caritas, deren Arbeitsweise nicht die der Förderung und Entwicklung der Selbsthilfe sei. 7. Klassegebundene Erziehung. Das katholische Erziehungswesen bleibe noch hinter dem staatlichen zurück. Ohne Hilfe der Kirche, die ihre Personalkräfte dafür anbietet, könne die Oberschicht sich kein „geschlossenes Netz eigener Erziehungsinstitutionen leisten“. Somit unterstütze die Kirche die traditionellen Oberschichtklassen in ihrem Wunsch, Klassencharakter zu wahren. 8. Schlechte Behandlung der Angestellten: Hierin gebe die Kirche ein „gutes“ Beispiel, da sie ihre Arbeiter und Angestellten wie die Oberschicht zu behandeln verstehe. Ungerechte Löhne und die Unterbringung der Organisation ihrer Angestellten in Interessenverbänden sind dafür exemplarisch. 9. Die neue Kirchenbürokratie sei getreues Abbild der Verwaltung in unterentwickelten Ländern. Unnütze und unfähige Funktionäre in den kirchlichen Apparaten, gewonnen über persönliche Freundschaften, schafften Pläne, die nicht realisiert werden können. 10. Flucht der Fachleute. Was im Zivilleben zu beobachten sei: die Abwanderung der akademischen Fachkräfte ins Ausland, treffe auch für die Kirche zu. Priester, besonders die besser gebildeten, gingen für Jahre unter dem Vorwand des Weiterstudiums nach Europa. Wirklich ist das eine Flucht in ein Milieu, mit dem sie sich besser verstehen als mit dem eigenen Volk. 11. Die Primitivität der Religionslehre, die durchschnittlich noch keinen Bezug zur Entwicklung hat. 12. Laien der Unterschicht

ist grundsätzlich die Emanzipation in der kirchlichen Struktur verweigert. Das führe zur Abwanderung in protestantische Sekten und spiritistische oder afrikanische Kultgemeinschaften, die den Laien der Unterschicht in Kult und Gemeindegarbeit durch Ämterübertragung besser gerecht werden.

Theologische Rezepte zur Machtpolitik

Kenner der lateinamerikanischen Kirchensituation werden einer Reihe der Thesen Comblins, mögen sie noch so undifferenziert sein, zustimmen. Was auch „progressive“ Kritiker herausforderte, ist einerseits die reine Negation, auch dort, wo bereits unter erheblichen Anstrengungen der einheimischen Kirche Mentalitäts- und Strukturwandlungen sich anbahnen. Das trifft zum Beispiel für die von Comblin im ganzen Dokument geschmähte ausländische Hilfe zu, speziell für die personelle Hilfe, die größtenteils gerade dort wirksam wird, wo der belgische Theologe kirchlichen Assistenzmangel beklagt: unter den Landarbeitern und den städtischen Randsiedlern. Das gilt ferner für die Caritas, die in vielen Ländern Lateinamerikas ihre Arbeitsmethodik auf das Prinzip „Brot für Arbeit“ umstrukturierte und zum Teil beachtliche Selbsthilfeorganisationen aufbaute. Das gilt auch für das recht erfolgreiche kirchliche Engagement auf dem Bildungssektor. In nicht wenigen Ländern Lateinamerikas sind es ausschließlich Diözesen und Ordensgemeinschaften, die das Volksschul- und Erwachsenenbildungswesen aufbauten und auch heute noch unterhalten.

Andererseits fordern die Lösungsvorschläge, die Comblin anbietet, eine weitaus schärfere kritische Durchleuchtung, und zwar gerade durch progressive Gruppierungen. Sie sind nicht nur in sich widersprüchlich, sie zeigen, wie gefährlich es werden kann, wenn Theologen machtpolitische Rezepte ausbrüten. Was schlägt Comblin vor? Wenn Guerrilla-Kämpfe eine reale Hoffnung wären für die Umstrukturierung der Macht, so meint er, dann wäre es „das wirtschaftlichste und einfachste Mittel“, die Kirche schulte Guerrilla-Truppen. Doch da das höchstens für die kleinen mittelamerikanischen Republiken ein Weg zur Sozialrevolution sei, lehnt Comblin ihn immerhin als romantisch und illusorisch ab. Er plädiert dagegen für die systematische Heranbildung von „charismatischen Führern“ durch die Kirche, von kleinen zur Machtergreifung entschiedenen Gruppen. Die politische Berufung sei in diesen Zeitumständen die höchste. So müsse die Kirche in ihrer Lehre von den „Haustugenden zu politischen Prioritäten“ kommen, sich wenn nötig auch die Hände schmutzig machen im politischen Handeln, politische Strategie und Taktik studieren. Comblin erspart es sich dabei völlig, das politische Charisma zu charakterisieren. Nach seinem Konzept: gut ist, was dem Volk nützt, kann es gleichermaßen auf Hitler, Stalin und Castro, Mao und Ulbricht zutreffen. Den von der Kirche mitherangebildeten Charismatikern gesteht Comblin großzügig die Machtergreifung mit allen nützlichen Mitteln zu, auch illegalen, zum Beispiel einem Militärputsch. Einziges Kriterium ist die Wirksamkeit. Für die Charismatiker an der Macht sind auch alle diktatorischen Mittel recht. Die „justicia“ und die Legislative sind Comblin „zu langsam“. Gefordert wird ein starker Staat. Zentralisierung und Disziplin sind oberste Richtlinien. Folglich wird von Comblin nach der Macht-

ergreifung die „Zentralisierung der Propaganda, Pressekontrolle, Verstaatlichung von Industrie und Bildungswesen als Weg zur Entwicklung gefordert.

Für innerkirchliche Mitsprache

Es ist bedauerlich, daß die Brasilianische Bischofskonferenz — wohl unter dem Zeitdruck — keine Auseinandersetzung mit dem Dokument Comblins versuchte oder wenigstens dieser opportunistischen (zumindest höchst mißverständlichen) Sicht eine konkrete Alternative entgegensetzte. Indirekt freilich nahm sie Stellung: Dom Helder Camara wurde nicht mehr zum Vorsitzenden des Nationalsekretariates für Soziale Aktion gewählt. In das Amt wurde mit 121 Stimmen der Gründer der Natal-Bewegung und Praktiker der Sozialreform, Don Eugenio Sales, Sao Salvador de Bahia, berufen. Eine andere Erwartung an die tagende Bischofskonferenz wurde nicht erfüllt. Die Schreiben der 350 Priester aus dem ganzen Land und der 110 Priester aus Rio de Janeiro fanden durch die Bischofskonferenz zwar wohlwollende Aufnahme, doch nur eine freundlich-unverbindliche Antwort. Dabei waren die Forderungen der Priester sehr konkret und (allerdings) sehr weitreichend. Sie baten um die Freiheit für die Priester zur Eheschließung, zur Ausübung eines zivilen Berufes und um das Recht, von Erwerbstätigkeit leben zu dürfen. Sie wünschten die Errichtung regionaler und nationaler Priestergewerkschaften und die Beteiligung von Klerikern und Laien bei der Bischofswahl (vgl. Noticias Aliadas, 17. 7. 68). Die Bischöfe dankten den Seelsorgern für ihren „Freimut“ und ihre Mitsorge um die kirchliche Erneuerung. Sie versprachen, die Bitten und ihre Meinung dazu in einem Umlauf allen Geistlichen zugänglich zu machen zu Analyse und Reflexion, „damit

wir gemeinsam die angemessene Antwort finden für die Ausübung des Priesteramtes und das priesterliche Leben“. Dem Nationalsekretariat für Amtsfragen ist die Koordinierung aller Studien übertragen worden (vgl. Telepax, Nr. 146).

Die Wahlergebnisse der Vollversammlung für die Leitung der Bischofskonferenz und die Nationalsekretariate (den Kommissionen der Deutschen Bischofskonferenz vergleichbar) lassen erkennen, daß der brasilianische Episkopat in die Praktiker der kirchlichen Neuorientierung mehr Vertrauen setzt als in die Theoretiker. Wiedergewählt zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz wurde Kardinal Rossi, São Paulo, bekannt als geschickter Kirchenpolitiker und hervorragender Organisator. Erster Vizepräsident wurde mit 125 Stimmen gegen 51 Stimmen anstelle des CELAM-Präsidenten Dom Avelar Brandao, der als Widersacher zu Dom Helder mehrfach hervorgetretene Erzbischof von Porto Alegre, Alfredo Scherer. Zum Generalsekretär wählte die Bischofskonferenz den 44-jährigen Bischof von Santo Angelo, Aloisio Lorscheider, versierter Theologe und wiedergewählter Vorsitzender der Theologischen Kommission. Schatzmeister wurde mit 193 von 206 Stimmen Bischof de Castro Pinto. Als Nationalsekretär für das Laienapostolat löste der Weihbischof von São Paulo, Moreira Neves, Erzbischof Scherer ab. Beachtet wurde, daß der CELAM-Präsident Avelar Brandao bei fünfmaliger Kandidatur nur einmal gewählt wurde, zum Vorsitzenden des Nationalsekretariats für Öffentliche Meinung.

Brasilien, das jedenfalls läßt der Rückblick auf die letzte Bischofskonferenz erwarten, wird seine führende Rolle im nachkonziliaren Aggiornamento der lateinamerikanischen Kirche behalten. Und sie wird voraussichtlich nicht immer mit den römischen Wünschen zur Erneuerung identisch sein.

Dokumentation

Enzyklika Papst Pauls VI. über die Geburtenregelung

Am Montag, den 29. Juli 1968 wurde durch den Moraltheologen Msgr. F. Lambruschini von der Lateranuniversität die neue Enzyklika Papst Pauls VI. über die Geburtenregelung der Öffentlichkeit übergeben. Sie beginnt mit den Worten „Humanae vitae“ und ist, wie schon die vorausgehende Enzyklika Populorum progressio, nicht nur an die Glieder der katholischen Kirche, sondern an „alle Menschen guten Willens“ gerichtet. Mit ihr hat Paul VI. sein Schweigen seit Beendigung der Beratungen der Päpstlichen Kommission für Familien- und Bevölkerungsfragen und Geburtenregelung im Juni 1966 gebrochen und die traditionelle Lehre der Kirche bekräftigt. Als Ergebnis der Beratungen dieser Kommission wurden damals — da man sich nicht auf ein einziges Dokument einigen konnte — dem Papst zwei verschiedene Gutachten, ein Mehrheits- und ein Minderheitsgutachten, überreicht, deren Wortlaut wir ebenfalls veröffentlicht haben (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg. [1967], S. 422 bis 439). Über das bisherige Echo, das die Enzyklika hervorrief, berichten wir auf S. 395 dieses Hefes. Es ist zu erwarten, daß durch die Enzyklika die Diskussion über die Zuständigkeit des kirchlichen Lehramtes in Fragen

des Naturrechtes, über den Verbindlichkeitsgrad lebramtlicher Aussagen sowie über den Naturbegriff intensiviert wird. Eine detaillierte „Textgeschichte“ der Enzyklika bringen wir im folgenden Heft der Herder-Korrespondenz. Der anschließend abgedruckte Text ist die Wiedergabe der vom päpstlichen Staatssekretariat herausgegebenen und von der KNA verbreiteten deutschen Übersetzung, die jedoch anhand des lateinischen Textes überarbeitet wurde.

1. Jene überaus schwerwiegende Verpflichtung, das menschliche Leben weiterzugeben, durch die die Eheleute die freien und verantwortlichen Mitarbeiter des Schöpfergottes sind, ist für sie immer eine Quelle großer Freude, wenn diese auch bisweilen mit nicht geringen Schwierigkeiten und Ängsten verbunden war.

Zu allen Zeiten schon hat die Erfüllung dieser Aufgabe dem Gewissen der Eheleute ernste Probleme aufgegeben, aber mit der jüngsten Entwicklung der Gesellschaft haben sich derartige Veränderungen angebahnt, die neue Fragen aufwerfen, denen die Kirche nicht aus dem Weg gehen kann; handelt es sich doch um Fragen, die menschliches Leben und Glück zutiefst betreffen.